

FÜR EINE KONSEQUENTE TRENNUNG VON KIRCHE UND STAAT!

Motion Daniela Lutz-Beck (GFL): Die Einwohnerkontrolle Bern klärt die Konfessionszugehörigkeit ihrer minderjährigen Bürger, bevor sie die Daten an andere offizielle Stellen weitergibt
Intervention der PdA an der Stadtratssitzung vom 3.4.2014

Wenn ich die Antwort des Gemeinderats lese, muss ich mich fragen, ob wir die gleiche Motion gelesen haben. In der Motion wird schlicht und verständlich gefordert, dass die erste an Jugendliche versandte Steuererklärung nicht mehr automatisch Angaben zur Konfession enthalte. Mir ist schleierhaft, was dieser Forderung entgegenstehen sollte. Ich denke, die Jugendlichen sollten durchaus fähig sein, selbständig ein Kreuzchen am für sie stimmigen Ort zu setzen. Wer sollte denn ein Interesse an dieser Form von Zweifel am persönlichen Urteilsvermögen haben? Sollte das Bundesrecht in diesem Fall gar im partikularen Interesse von Institutionen stehen, die auf diese Weise ihre Privilegien verteidigen? Diese Regelung erinnert unschön an die Falle bei Verträgen, die still und leise weiterlaufen, wenn die KonsumentInnen ihre Kündigung verpassen. Unwürdige Spiele dieser Art widersprechen einer klaren Trennung von Kirche und Staat und verstossen gegen die verfassungsgestützte Religionsfreiheit – die eben auch die Freiheit einschliessen muss, keiner Religion anzugehören. Und das als gleichberechtigte BürgerInnen – und nicht als exotische Ausnahmerecheinungen, denen gefälligst die ganze Beweis-, Erklärungs- und Handlungspflicht obliegt. Ein Gutes hat die Antwort des Gemeinderats: Sie macht deutlich, dass punkto Trennung von Kirche und Staat wahrhaftig Nachholbedarf besteht.

Rolf Zbinden, Partei der Arbeit Bern, 3. April 2014